

Basel. Die Elektroinstallateure in Grenznähe spüren die Konkurrenz aus dem Ausland stärker als früher. Trotzdem geht es der Branche noch gut. **Seite 38**

Zürich. Der starke Franken macht den Unternehmen weiterhin zu schaffen. Laut der KOF wächst die Wirtschaft dieses Jahr weniger stark. **Seite 39**

Die Schweiz im Strom-Offside

Ohne Abkommen mit der EU nimmt die Versorgungssicherheit ab und die Energiekosten steigen

Von Kurt Tschan

Laufenburg. Die Geschichte des schweizerischen Wohlstands ist gekoppelt mit dem wirtschaftlichen Aufschwung. Und dieser wiederum ist eng verknüpft mit der Elektrifizierung. Das war auch in der Region Basel so. Ab 1908 setzte der wirtschaftliche Aufschwung ein, als in Laufenburg ein grosses Wasserkraftwerk gebaut wurde. Bereits während der Bauzeit verdoppelte sich die Bevölkerungszahl kurzfristig. Das Wasserkraftwerk war bei seiner Eröffnung im Jahr 1914 europaweit die grösste Anlage ihrer Art. In der Folge siedelten sich zahlreiche Industriebetriebe an. Mit dem 1957 eröffneten Umspannwerk der Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg entwickelte sich die Gemeinde zur Drehscheibe im europäischen Stromverbundnetz. Eine Drehscheibe, die jahrzehntlang nicht nur für fette Gewinne im Stromhandel sorgte, sondern die Schweiz auch zu einer wichtigen Schaltstelle bei der europäischen Stromversorgung machte und nicht zuletzt der Wasserkraft goldene Flügel verlieh.

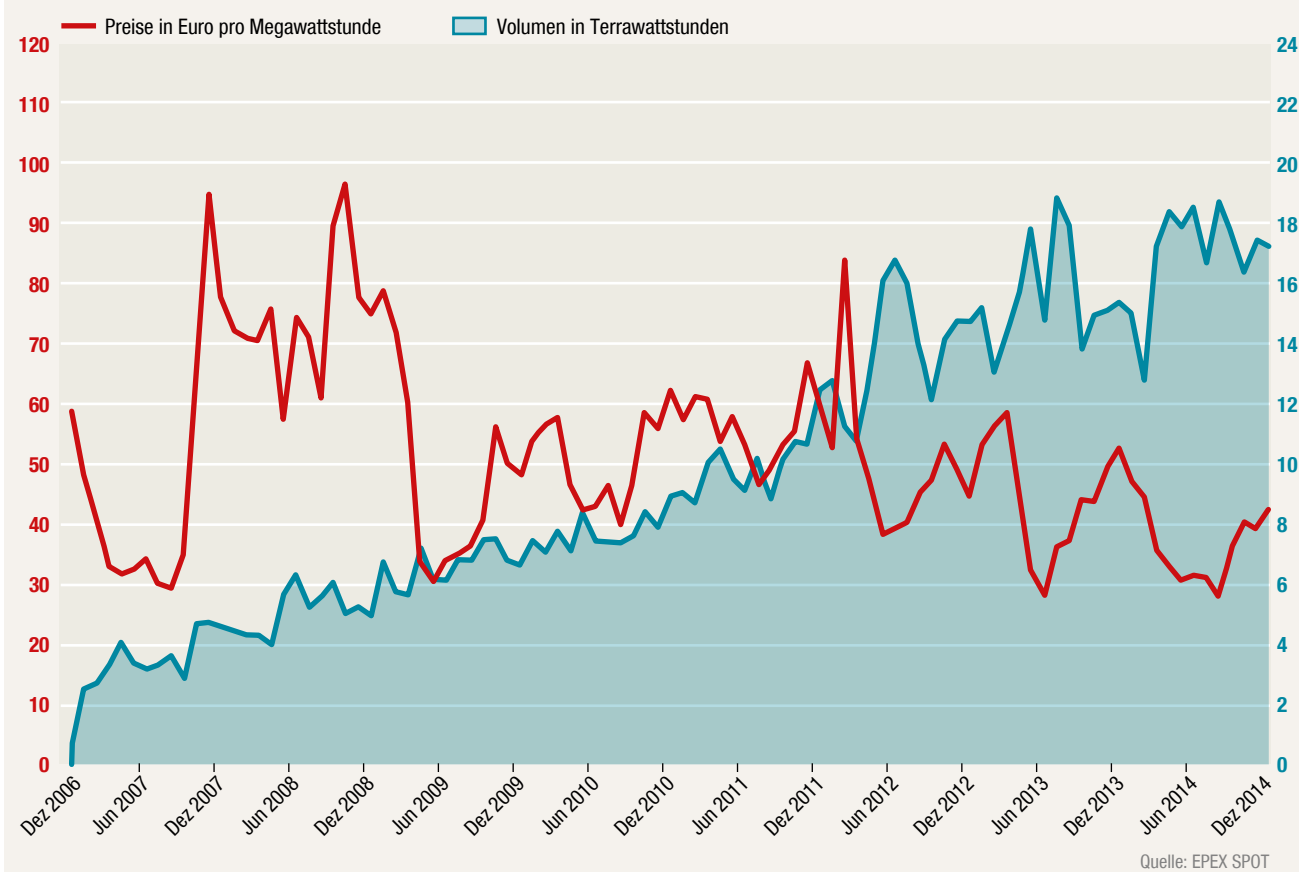
Davon ist man heute aber weit entfernt, und wiederum ist es Laufenburg, das diese Entwicklung, dieses Mal den Niedergang des einst so stolzen Stromlandes Schweiz, symbolisch aufzeigt. Die Axpo Trading AG (ehemals Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg EGL) hat schon vor geraumer Zeit ihren Geschäftssitz nach Dietikon (ZH) verlegt und die Schweizer Netzbetreiberin Swissgrid baut in Aarau ihren neuen Hauptsitz.

Der Exodus aus dem Fricktal und das damit verbundene Verschwinden des Sterns von Laufenburg aus der europäischen Stromkarte kommt zu einer Zeit, wo es faustdick für die Schweizer Stromproduzenten kommt. «Sollte die Schweiz nicht teilnehmen können am europäischen Strom-Binnenmarkt, entstehen volkswirtschaftliche Verluste durch höhere Stromkosten», sagt Davide Orifici, der Chef der Expe Spot Schweiz AG, der Schweizer Strombörse. Erschwerend komme hinzu, dass die Schweizer Stromerzeuger schon eine Weile einen ökonomischen Nachteil hätten, da der grenzüberschreitende Handel mit höherem Aufwand und grösserer Unsicherheit verbunden sei. Konkret müssten sie grenzüberschreitende Übertragungskapazitäten getrennt vom Strom auf Basis von Strompreisprognosen auf beiden Seiten der Grenze erstellen. Dies führe regelmässig zu Fehlern bei der Nutzung der grenzüberschreitenden Kapazität und zu Effizienzverlusten. Zudem drohe mittelfristig ein strukturelles Abhängigwerden vom europäischen Strommarkt, sagt Börsenchef Orifici.

De facto ein Boykott

Höhere Kosten erwartet auch Christian Schaffner, der das Energy Science Center an der ETH Zürich leitet. Zudem werde die Teilnahme am europäischen Strommarkt weniger effizient, sagt er. Die Regeln würden weiterentwickelt, insbesondere auch Richtung dynamischere Produkte, die der verstärkten Einspeisung von Wind und Sonnenenergie

ENTWICKLUNG DER SCHWEIZER STROM-BÖRSE



Der Handel boomt. Immer mehr Strom in der Schweiz wird an der Börse gehandelt, die Handelspreise sinken. Grafik BaZ/mm

gerecht werden sollen. «Wenn die Schweiz hier nicht mitmachen kann, heisst dies, dass die Schweizer Wasserkraftwerke einen zusätzlichen Wettbewerbsnachteil erleiden werden», sagt er. Und dies ist mehr als nur wahrscheinlich. Nach der Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative hat die Europäische Kommission entschieden, dass es keine weiteren Abkommen mit der Schweiz gibt. Das Stromabkommen wurde zum Bauernopfer der vorerst gescheiterten bilateralen Verhandlungen. De facto handelt es sich um eine Boykottmassnahme der Europäischen Union gegen die Schweiz, weil diese sich erlaubt, an einem ihrer vier Grundpfeiler, der Personenfreizügigkeit, zu rütteln.

Der EU-Strombinnenmarkt wurde in den letzten zehn Jahren kontinuierlich errichtet. Im Kern werden die nationalen Strommärkte gekoppelt. Das Preissignal an den Stromspotbörsen wird genutzt, um die Übertragungskapazitäten an den grenzüberschreitenden Leitungen optimal auszunutzen. «Auf diese Weise», sagt Davide Orifici, wird die Liquidität auf allen Märkten erhöht und die vorhandene Infrastruktur optimal ausgenutzt. Preisspitzen würden abgeschwächt und Investitionssignale für den weiteren Ausbau der Infrastruktur ausgesandt. «Kurz gesagt entstehen über die Jahre volkswirtschaftliche Effizienzgewinne in Millionenhöhe – pro Grenze.»

DURCHSCHNITTSPREISE WÄHREND SECHS JAHREN

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Schweiz (Swiss Six)	47.92	51.02	56.18	49.52	44.73	36.79
Deutschland/Österreich (Phelix)	38.85	44.49	51.12	42.60	37.78	32.76
Frankreich	43.01	47.50	48.89	46.94	43.24	34.63

Die Preise für eine Megawattstunde stehen für den Jahresdurchschnittspreis in jedem der drei nationalen Märkte. Kapazitätsbeschränkungen erhöhen die Preise an der Grenze.

Die Marktkopplung umfasst zurzeit 19 Länder, die 85 Prozent des europäischen Stroms verbrauchen. Unter den 19 Ländern befinden sich auch Drittstaaten wie Norwegen. «Alle Nachbarstaaten der Schweiz sind mittlerweile Teil dieser europäischen Marktkopplung. Italien etwa ist im Februar dieses Jahres hinzugekommen. Expe Spot und Netzbetreiber Swissgrid hätten alle technischen Voraussetzungen geschaffen, um die Schweiz in die Marktkopplung einzubinden, heisst es beim Bundesamt für Energie in Bern. Jetzt aber hegt man dort im besten Fall noch die Hoffnung auf ein interimistisches Stromabkommen, bei dem eine vorläufige Marktkopplung erfolgen kann.

Swissgrid auf dem Abstellgleis

Kai Adam, Leiter Europäische Angelegenheiten bei Swissgrid befürchtet bereits, dass die Schweiz den technischen Anschluss verliert, wie er gegenüber *Energie*, dem Newsletter des Bundesamtes für Energie bestätigt. Der Bundesrat geht noch weiter. Er schliesst das Ausscheiden von Swissgrid aus dem Verbund europäischer Übertragungsnetzbetreiber nicht aus, aber auch den Ausschluss der Schweiz von grenzüberschreitenden Regelenergiemärkten. Die Landesregierung hält eine Isolation für wahrscheinlich, sobald Stromleitungen um die Schweiz herum gebaut werden. Dies wäre nach Ansicht von Aurelio Fetz

vom Bundesamt für Energie dann der Fall, wenn die Schweiz nicht in die strategische, länderübergreifende Planung von Stromnetzen eingebunden würde. «Eine nicht angekoppelte Schweiz droht von neuen Vergütungsmodellen ausgeschlossen zu bleiben, bei denen neben dem Erzeugen von Strom auch das Bereitstellen von Kraftwerkkapazitäten abgegolten wird», sagt er.

Eine mögliche Gegenmassnahme der Schweiz wäre es, wenn sie ihrerseits eigene Projekte mit der EU sätieren würde. Davon will man allerdings bei Swissgrid nichts wissen. Ganz im Gegenteil. Das 2,5 Milliarden Franken teure «Strategische Netz 2025» beinhaltet explizit drei Projekte mit den «europäischen Partnern», wie Swissgrid schreibt. Projekte, die aus Sicht der Schweizer Versorgungssicherheit bis 2025 überhaupt nicht notwendig sind. Nach Ansicht von Swissgrid-CEO Pierre-Alain Graf können diese Projekte jedoch nicht nur aus schweizerischer Sicht beurteilt werden, «denn es gibt hier auch europäische Interessen».

Zumindest glaubt Orifici nicht, dass die Existenz der Strombörse Schweiz nach dem Scheitern des Stromabkommens gefährdet ist. Expe Spot betreibt diese seit neun Jahren und der Markt entwickle sich weiterhin positiv, sagt er.

Im Jahr 2014 wurden an der Strombörse Expe Spot rund 1,1 Terawattstunden im Intraday-Handel (Kauf und Verkauf innerhalb eines Tages) gehandelt. Zusammen mit den am Day-Ahead-Markt (Auktionenhandel für den nächsten Tag) gehandelten 20,4 Terawattstunden entspricht dies nach Angaben des Bundesamtes für Energie bereits einem stattlichen Drittel des nationalen Gesamtverbrauchs.

Doch keine Bagatellgrenze in Deutschland

Berlin weist Vorstoss gegen Einkaufstouristen zurück

Von Patrick Griesser

Basel/Berlin. Der Vorstoss gegen den Einkaufstourismus von deutscher Seite ist wieder verpufft: Die beiden baden-württembergischen Landesminister Nils Schmid (Finanzen) und Peter Friedrich (Europa) hatten Mitte Mai eine Grenze von 50 Euro bei der Erstattung der Mehrwertsteuer in Deutschland für Schweizer Kunden gefordert. Die Einkaufstouristen seien zur erheblichen Belastung der Infrastruktur im Grenzgebiet geworden, hiess es in einem Schreiben aus Stuttgart, das an den Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble in Berlin adressiert war.

In der deutschen Hauptstadt ist die Idee allerdings nicht auf fruchtbaren Boden gestossen, wie aus einer Antwort des Bundesfinanzministeriums an die BaZ hervorgeht. Eine bundesseitige Gesetzesinitiative zur Einführung einer Wertgrenze sei nicht geplant. Das EU-Recht liesse zwar die Einführung einer solchen Grenze bis 175 Euro zu, die Berliner Beamten erwarten von dem Vorhaben jedoch mehr Schwierigkeiten als Vorteile. Die Bagatellgrenze könnte aus Gründen der Gleichbehandlung nicht auf die Landesgrenzen oder die Schweiz beschränkt werden, sondern müsste auch für Ausfuhren über See- und Flughäfen gelten. Zudem müssten alle Drittländer darin enthalten sein.

Politischer Ärger

Das Ministerium macht auch deutlich, dass nicht nur Probleme, sondern auch politischer Ärger drohen würde: Bereits eine frühere Überlegung, eine Mindestbetragsgrenze von damals 50 Mark je Rechnungsbetrag einzuführen, habe zu erheblichen Widerständen seitens des betroffenen Handels geführt. Die Detailhändler hätten starke Umsatzeinbussen und den Verlust von Arbeitsplätzen befürchtet.

Für das Ministerium bestehen darüber hinaus Zweifel, ob durch eine Bagatellgrenze das Verhalten der Konsumenten aus der Schweiz tatsächlich massgeblich beeinflusst werden würde. Auch an Grenzübergängen werde es wohl kaum zu weniger Arbeit führen, da Einzelbelege stets auf Beträge und Kaufdaten überprüft werden müssten.

Die beiden baden-württembergischen Landesminister hatten in ihrem Brief von einem starken Verkehrsanstieg in den Einkaufsstädten, Verkehrsstaus am Zoll, vollen Parkplätzen und Kaufhäusern sowie langen Schlangen an den Kassen wegen der Einkaufstouristen berichtet. Dies sei verbunden mit einer Verschlechterung der Lebensqualität. Das baden-württembergische Finanzministerium behält sich nun vor, eine Bundesratsinitiative für eine Bagatellgrenze anzustossen.

ANZEIGE

Mitglied der TREUHANDKAMMER

Querdenker

Experfina AG
St. Alban-Anlage 46 | CH-4010 Basel
www.experfina.com

Elcom warnt vor Auslandabhängigkeit

Ohne Gas-und-Dampf-Kombikraftwerke ist der Atomausstieg nicht zu schaffen

Bern. Der Energieverbrauch in der Schweiz ist in den letzten Jahren gestiegen. Daher muss Strom importiert werden. Mit der Abschaltung der Atomkraftwerke könnte die Importabhängigkeit zunehmen, warnte die Eidgenössische Elektrizitätskommission (Elcom). «Im Winterhalbjahr importiert die Schweiz bereits heute etwa so viel Energie, wie das Kernkraftwerk Gösgen produziert», sagte Elcom-Präsident und alt CVP-Ständerat Carlo Schmid in Bern. Dass vor allem im Winter Energie importiert werden muss, hat zwei Gründe: Erstens wird mehr verbraucht, zweitens fliesst weniger Wasser durch die Laufwasserkraft-

werke. Daher bestehe im Winter schon heute eine Importabhängigkeit, heisst es im Elcom-Tätigkeitsbericht.

Zwar wird die Schweiz nun erst einmal mehr Energie produzieren können: Wenn nämlich die beiden Pumpspeicherkraftwerke Linth-Limmern und Nant de Drance in Betrieb genommen werden. Danach dürften die Leistungsreserven aber zurückgehen: 2019 geht nämlich das Atomkraftwerk Mühleberg vom Netz. Und für die beiden ältesten Atomkraftwerke Beznau I und II soll spätestens 2029 und 2031 Schluss sein. «Das macht uns so lange keine Sorgen, als die Ziele der Energiestrategie 2050

erreicht werden und bei den erneuerbaren Energien genügend aufgestockt wird», sagte Schmid.

Andernfalls könnte die Abhängigkeit von importiertem Strom zunehmen. Technisch könnte zwar problemlos mehr Strom importiert werden, sagte Schmid. Das Problem sei aber, dass es auch bei den exportierenden Ländern zu Knappheiten kommen könne. Allfällige Engpässe könnten mit Gas-und-Dampf-Kombikraftwerken überbrückt werden.

Einen schweren Stand haben die Vorschläge des Bundesrates für eine Verfassungsänderung zur Einführung

von Klima- und Energielenkungsabgaben. Für die SP ist sie eine «Katze im Sack», die die Partei so nicht kaufen will. Wie den Grünen und den Umweltverbänden gefällt es der SP nicht, dass die KEV und das Gebäudesanierungsprogramm via einen Verfassungsartikel zwingend abgeschafft werden sollen. Die FDP fürchtet, dass die Abgabe nicht wie vom Bundesrat versprochen voll an Bevölkerung und Wirtschaft zurückerstattet wird und «zu einer neuen Steuer verkommt». Die Partei will keine Abgabe auf Strom und keine auf Benzin und Diesel, weil sie Wettbewerbsnachteile für Unternehmen befürchtet. SDA